

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Von der Fraktion Die Liberalen bitte ich nun Herrn Prof. Dr. Ortleb das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Ortleb für die Fraktion Die Liberalen:

Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zustimmung zum Staatsvertrag ist von drei grundsätzlichen Erwägungen getragen. Erstens: Er öffnet das Tor zur deutschen Einheit, und die wollen wir. Diesem Willen ist alles andere untergeordnet, auch der ursprüngliche Wunsch - wir verhehlen ihn nicht -, behutsamer die Wegstrecke zurückzulegen.

Zweiter Grund: Die Lage, in der sich die DDR befindet - und die DDR, das sind ihre Bürger, vom Staat DDR reden wir schon gar nicht mehr - bestimmt den Handlungsspielraum und das Tempo, in dem wir handeln müssen.

Und schließlich drittens: Der Staatsvertrag zielt auf die geordnete Vereinigung der beiden Staaten, die wir Liberalen seit dem 18. März anstreben und die auch unsere Haltung am vergangenen Sonntag bestimmte. Wir haben uns bessere Startbedingungen für den Mittelstand gewünscht, und wir sind dafür eingetreten, bei der Währungsstellung noch differenzierter und für bestimmte Bevölkerungsgruppen vorteilhafter zu verfahren.

(Zuruf: Das war nicht so richtig zu spüren!)

Wir stellten unsere Bedenken zurück, auch die Einwände, weil uns klar wurde, daß der Vertragspartner teilweise bis an die Grenze des möglichen, des währungspolitisch Vernünftigen gegangen ist. Es wird nach dem 1. Juli manche Schwierigkeiten geben, da machen wir uns und unseren Wählern nichts vor. Die Verursacher dieser Schwierigkeiten freilich suchen wir an der richtigen Stelle und nicht wie die Opposition im falschen Lager.

(Beifall)

Wenn es Arbeitslose gibt, weil Betriebe der Konkurrenz nicht standhalten, dann ist doch dafür nicht Bonn verantwortlich, auch nicht die Koalition hierzulande, sondern die 40jährige Planherrschaft der SED,

(Beifall)

deren Scheitern ...

(Zuruf: Gestatten Sie eine Frage?)

Sie werden am Ende die Gelegenheit haben, Fragen zu stellen - im Gegensatz zu Herrn Gysi.

(Beifall)

Wer dabei hilft, diese Tatsachen dadurch zu verdrängen, daß er auf die Regierung mit dem Finger zeigt, will entweder von der Vergangenheit aus durchsichtigen Gründen ablenken, oder er erkennt die kontraproduktive Wirkung seiner Opposition.

(Beifall)

Ich bedaure - und das soll sehr ehrlich sein - persönlich sehr, daß ein Mann wie Konrad Weiß von bestimmten Kräften als Kronzeuge zitiert werden kann, denen die ganze Richtung, die wir mit dem Staatsvertrag einschlagen, nicht paßt. Der Staatsvertrag muß ausgefüllt werden. Das ist nunmehr unsere Aufgabe. Daran wird man uns messen. Die tatsächliche Entwicklung, die sich hier vollziehen wird, neue Erfahrungen und völlig neue gesellschaftliche Sachverhalte werden Skepsis abbauen, Mut machen und Vertrauen schaffen.

Konzentrieren wir uns darauf, die Kommunalverfassungen in tägliche Politik für den Bürger umzusetzen und den Ländern Gestalt zu geben. Das entscheidet ganz wesentlich mit über Kapitalbeschaffung und Arbeitsstellen, über Steuermittel und die Zukunft von Kultureinrichtungen, über Sozialleistungen und Betriebsanierungen.

Wir jedenfalls haben Vertrauen in die Bürger unseres Landes. Sie werden genau das tun nach dem 1. Juli, was zuträglich ist. Sie werden, jedenfalls in ihrer Mehrheit, sehr vernünftig mit dem Geld umgehen und Kräften, die sie aufs neue verwirren und verführen wollen, nicht auf den Leim gehen. Entscheidend wird Klarheit und Berechenbarkeit sein, was die nächsten Schritte angeht.

Wir sind für gesamtdeutsche Wahlen möglichst am 2. Dezember. Die Erklärung des Beitritts zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes sollte mit Wirkung des Tages der Wahlen rechtzeitig und wohlplaziert erfolgen. Der erste Schritt, der Staatsvertrag, macht politisch nur dann Sinn, wenn sich sofort weitere Schritte anschließen. Nicht Hatz lautet die Parole, zügige Schrittfolge, um das Werk der deutschen Einheit zu vollenden - das ist auch der Auftrag, der uns am 18. März erteilt wurde. Gewiß ist, daß die inneren Probleme und Aufgaben nur unter dem Dach eines einheitlichen Verfassungs- und Rechtsrahmens gelöst werden können. Was die äußeren Aspekte angeht, so spricht alles dafür, daß zu dem Zeitpunkt, von dem hier eben die Rede war, die 2+4-Gespräche zu einem für die Deutschen gutem Ergebnis geführt haben sollten.

Was ich bisher gesagt habe, war ein wenig eine akademische Version dessen, was zu sagen ist. Ich möchte es nicht ganz ohne Emotionen lassen. Wenn draußen eine Gruppe von 50 - 100 Personen steht, die Losungen tragen - die eine „Staatsvertrag: Vertrat am Volke“ und die andere: „Ihr seid das Volk“ -, dann wird hier eine Differenz aufgebaut, die, wie ich glaube, nicht sachlich ist. Und dann würde ich mir wünschen, daß der nicht unbescheidene Rest des Volkes käme und zeigte, wer auch das Volk ist.

(Starker Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Und was die Diskussion des Staatsvertrages in den Worten von Herrn Gysi zu verstehen bedeutet, bedeutet für mich, klipp und klar zu sagen: Meine Damen und Herren, der Staatsvertrag ist nicht die Direktive zum Fünfjahrplan.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank. Herr Professor, gestatten Sie eine Anfrage?

(Prof. Dr. Ortleb, Die Liberalen: Bitte.)

Frau Wegener (PDS):

Sie haben an meiner Reaktion gemerkt, daß ich natürlich völlig anders denke.

(Unruhe, vor allem bei CDU/DA, DSU und Liberalen)

Prof. Ortleb, ich meine zu der Schuldzuweisung 40 Jahre und dieser Litanei bekennen wir uns, und wir hören das oft. Aber daß Sie uns nun auch für Versäumnisse dieser gewählten Regierung verantwortlich machen wollen, verwundert mich jetzt, und ich möchte Sie fragen: Liegt es daran, daß ein Stubenhocker, wenn er zum Gipfelstürmer werden will, unterwegs die Luft verliert?

(Unmutsäußerungen, vor allem bei CDU/DA, DSU und Liberalen)

Prof. Dr. Ortleb (Die Liberalen):

Mein intimer Umgang mit Stubenhockern ist nicht so ausreichend, daß ich Ihnen das aus Ihrer letzten Sicht beantworten könnte. Aber was die Frage der Schuldzuweisung angeht, auch da würde ich Sie notfalls gern das Protokoll benutzen lassen. Ich bin der letzte, der sich in der langweiligen Thematik der Schuldzuweisung üben wollen würde. Ich würde sehr gern, daß wir alle miteinander nach vorn sehen, und auch die ein bißchen polemische Formulierung, man möge doch den Staatsvertrag nicht mit einer Fünfjahrplandirektive verwechseln, soll nur hilfreich sein;